

Árpád von Klimó

Trianon und der Diskurs über nationale Identität in „Rumpf-Ungarn“ (1918–1938)

Am 4. Juni 1920 wurde im Grand Trianon Palais in Versailles ein Friedensvertrag zwischen den Mächten der Entente und dem seit Ende Oktober 1918 selbstständigen ungarischen Staat geschlossen, der die Feindseligkeiten des Ersten Weltkriegs beenden und die Grenzen Ungarns und der Nachbarstaaten regeln sollte.¹ Doch wurde Trianon sehr bald zu einem Begriff, der in der ungarischen Gesellschaft immer wieder und weit über den politischen Bereich hinaus mobilisierend wirkt. Norbert Spannenberger sprach von einem „Inbegriff“ für „Ungerechtigkeit“ in der ungarischen Öffentlichkeit.²

Anders als der Versailler Vertrag, der 1919 mit dem Deutschen Reich geschlossen wurde, scheint es, als sei Trianon ein zentrales Thema in der ungarischen Öffentlichkeit geblieben. Zuletzt hat Balázs Ablonczy darauf hingewiesen, dass das Thema gerade nach 1989 zwar auch in der Geschichtswissenschaft vermehrt Interesse gefunden hat, dass es aber hauptsächlich außerhalb der Zunft zu einem starken Zuwachs an Beschäftigung damit gekommen sei.³ Besonders im Fernsehen, im Internet und seit 2004 in Gestalt eines privat gegründeten „Trianon-Museums“ hat die Beschäftigung mit Trianon – meistens unter Ignorierung der Ergebnisse der Geschichtswissenschaft – deutlich zugenommen.⁴ Trianon wird dabei nicht als Vergangenheit gesehen, als eine der zahlreichen, epochalen Umwälzungen am Ende des Ersten Weltkriegs, als nicht weniger als vier Weltreiche zusammenbrachen und der Nahe Osten und Afrika weitreichende Veränderungen erfuhren, sondern in einer bemerkenswerten Optik als eine in die Gegenwart hineinreichende Weltverschwörung gegen das Magyarentum. So bezeichneten Ende 2007 in einer repräsentativen Umfrage in Ungarn 80 Prozent der Befragten Trianon als ein „historisches Unrecht“.⁵ Die Partei des 2010 mit überwältigender Mehrheit gewählten ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán hat zum 90. Jahrestag den 4. Juni zu einem „Tag der nationalen Einheit“ erklärt, an dem sich „alle Landsleute in der Region an die größte Tragödie Ungarns im 20. Jahrhundert“ erinnern sollten.⁶

Dieser aktuelle Trianon-Boom suggeriert eine Kontinuität der Beschäftigung mit dem Thema über neun Jahrzehnte hinweg, die es jedoch nicht gibt. Vielmehr muss man „Trianon“ eher als einen immer wieder neu, je nach Kontext mobilisierbaren nationalen Erinnerungsort verstehen.⁷ Daher müssen die Gründe für die derzeitige Diskussion und deren

¹ Zu den Regelungen vgl. Abschnitt I.

² Norbert Spannenberger, Rezension zu Miklós Zeidler (Hrsg.), *Trianon*, Budapest 2003, in: *H-Soz-u-Kult*, 26.3.2004, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-1-187>, letzter Zugriff: 20.7.2010.

³ Balázs Ablonczy, *Trianon-legendák*, Budapest 2010, S. 21.

⁴ <http://www.trianonmuzeum.hu>, 25.2.2011.

⁵ Vgl. Árpád v. Klimó, Hungary, in: Oliver Rathkolb/Günther Ogris (Hrsg.), *Authoritarianism, History and Democratic Dispositions in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic*, Innsbruck u. a. 2010, S. 79–90, hier S. 83.

⁶ Zum Gesetzesvorschlag im Wortlaut siehe: <http://www.parlament.hu/irom39/00039/00039.pdf>, 25.2.2011.

⁷ Der Band zu Trianon, herausgegeben von Miklós Zeidler, ist folgerichtig auch Band 2 der Reihe „Nation und Erinnerung“ des Osiris-Verlages, die dem Vorbild der Reihen zu den „Nationalen Erin-

gesellschaftliche und politische Relevanz in der Zeit unmittelbar vor und kurz nach dem Ende der kommunistischen Diktatur gesucht werden, weniger in den 1920er Jahren. Zum anderen ist „Trianon“ aber auch Teil einer immer wieder erneuerbaren, nationalen Meistererzählung, deren Struktur in Grundzügen bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden war.⁸ Sie setzte sich nach dem Scheitern der national-liberalen Revolution und des anti-habsburgischen Freiheitskampfes von 1848/49 gegenüber anderen möglichen Narrativen durch. Da diese nationale Meistererzählung bereits bestand, konnte Trianon nach 1920 in eine Reihe mit anderen ungarischen Erinnerungsorten wie beispielsweise Mohács – jener Schlacht von 1526, die *pars pro toto* auf die Niederlage gegen osmanische Truppen und nachfolgende Besetzung Ungarns verweist – oder „1848“ gestellt werden.⁹ Später ergänzte „1956“, die Erinnerung an die niedergeschlagene antistalinistische Revolution, diese Reihe nationaler Niederlagen, die als Geschichte eines permanenten ungarischen Opfergangs erzählt werden.¹⁰ Diese historische Meistererzählung spiegelte vor 1918 die Versuche der politischen Eliten des Landes wider, die ungarische Nation im Rahmen einer eingeschränkten staatlichen Souveränität innerhalb der Habsburgermonarchie zu definieren.

Auch die geschichtswissenschaftliche Bearbeitung des Themas basiert nicht immer auf theoretischer Reflektion, wodurch stark politisch oder ideologisch geprägte Perspektiven in die Darstellungen einfließen können. Daher möchte ich kurz meinen eigenen, von der neueren Nationalismusforschung beeinflussten Ansatz darlegen.¹¹ So wurde von den Zeitgenossen oft suggeriert, *sämtliche* Ungarn hätten den Vertrag von Trianon abgelehnt, ebenso wie *sämtliche* Rumänen, Tschechen, Slowaken usw. den Vertrag unterstützt hätten. Selbst wenn diese Behauptungen zuträfen, so wären sie sehr schwer zu beweisen. Und dies nicht nur, weil es keine Umfragen aus der Zwischenkriegszeit gibt und ein großer Teil der Bevölkerungen in und außerhalb Ungarns, die besitzlose Landbevölkerung, kaum politische Mitsprache hatte oder wahrnahm. Zuletzt hat Stefano Bottoni zu Recht darauf hingewiesen, dass es nie eine einheitliche magyarische Nation im Sinne einer ethnischen Gemeinschaft aller ungarischsprachigen Staatsbürger des Königreichs gegeben habe.¹²

nerungsorten“ in anderen Ländern nachempfunden ist. Band 1 ist dem Staatsgründerkönig Stephan I. gewidmet. Zeidler (Hrsg.), Trianon, Budapest 2003.

⁸ Vgl. Árpád von Klimó, Nation, Konfession, Geschichte. Zur nationalen Geschichtskultur Ungarns im europäischen Kontext (1860–1948), München 2003; Gernot Heiss/Árpád von Klimó/Pavel Kolař/Dušan Kovač, Comparing and Relating the Austrian, Czech, Hungarian, and Slovak National Master Narratives and Their „Others“, in: Stefan Berger/Chris Lorenz (Hrsg.), The Contested Nation. Ethnicity, Class, Religion and Gender in National Histories, Basingstoke 2008, S. 367–404.

⁹ Árpád von Klimó, 1848/49 in der politischen Kultur Ungarns, in: 1848 im europäischen Kontext, hrsg. von Helgard Fröhlich, Margarete Grandner und Michael Weinzierl, Wien 1999, S. 204–222.

¹⁰ Heino Nyyssönen, Der Volksaufstand von 1956 in der ungarischen Erinnerungspolitik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 47 (1999), H. 10, S. 914–932.

¹¹ Ich stütze mich vor allem auf die Arbeiten von Pieter Judson, der sich besonders mit dem Nationalismus in der westlichen, cisleithanischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie beschäftigt hat: Vgl. Pieter M. Judson, Constructing Nationalities in East Central Europe. Introduction, in: Ders./Marsha L. Rozenblit (Hrsg.), Constructing Nationalities in East Central Europe, Oxford/New York 2005, S. 1–18; Pieter M. Judson, Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria, Cambridge, MA 2007.

¹² Vgl. Stefano Bottoni, The Debate over Hungarian National Unity from Trianon to the „Status Law“ (1920–2001), Paper for the Graduate Conference in Central European Studies, Oxford, 24–26 May 2002, http://users.ox.ac.uk/~oaces/conference/papers/Stefano_Bottoni.pdf, 14. 3. 2011.

Das Problem besteht darin, dass Trianon allein durch nationalistische Blickweisen betrachtet wird, welche bis heute die Perspektiven fast aller am Konflikt Beteiligten bestimmt.¹³ Die dem nationalen Diskurs zugrunde liegende Vorstellung einer nationalen Homogenität geht über Unterschiede und Differenzen innerhalb Ungarns hinweg und suggeriert einen einheitlichen nationalen Willen. Selbst kritische Historiker wie Miklós Zeidler, der überragende Spezialist auf dem Gebiet der Trianon-Forschung, sieht das Problem von Trianon in den durch den Vertrag geschaffenen Fakten und nicht in deren Interpretation, wenn er schreibt:

„The divergence of political borders and ethnic dividing lines in Central Europe gives ground to grave political problems. That is an indication of the fact that neither the Trianon peace treaty, nor the various political efforts that transpire have been able to find a satisfactory solution to those problems, although that is a common interest and a common task. That's why Trianon could not find its final and exclusive place in historical tradition, but continues to remain unquestionably a part of politics.“¹⁴

Die Friedensverträge von 1918 bis 1920 haben zweifellos zahlreiche neue Probleme geschaffen, aber die Frage, warum sich die Politik in der Region, einschließlich der Slowakei, Rumäniens usw., weiterhin mit Trianon beschäftigt, lässt sich nur beantworten, wenn wir die von nationalen Perspektiven geprägten Interpretationen dieser Fakten berücksichtigen. Aus diesem Grund werde ich mich im Folgenden auf die Untersuchung des Diskurses und seines historischen Kontextes konzentrieren, ein Diskurs, der versuchte, eine magyarische Nation¹⁵ in Bezug auf den Friedensvertrag von Trianon zu konstruieren. Als was wurde der Vertrag verstanden, und wie beeinflusste dieses Verständnis Vorstellungen einer nationalen ungarischen Identität? Warum wurde er abgelehnt, wie konnte er sich zu einem nationalen Erinnerungsort entwickeln, zu einem Mythos, der seither immer wieder zur politischen Mobilisierung genutzt werden kann? Um diese Leitfragen beantworten zu können, müssen wir zunächst den Vertrag selbst betrachten und die Umstände, unter denen er zustande kam. Inwieweit trugen die Bestimmungen des Vertrages und die Vertragsunterzeichnung zur Skandalisierung der ungarischen Öffentlichkeit und langfristig zur Entstehung eines nationalen Erinnerungsortes bei?

I. Der Vertrag von Trianon 1920 und wie er in Ungarn verstanden wurde

Der Vertrag, der im Juni 1920 im Grand Trianon unterzeichnet wurde, diente in erster Linie der Neubestimmung von Grenzen zwischen den Nachfolge- bzw. Nachbarstaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, in zweiter Linie der Regelung weiterer politischer, wirtschaftlicher und sonstiger Probleme zwischen diesen Staaten im

¹³ Als Beispiel für das weiterhin gestörte und auf Ignoranz beruhende Verhältnis zwischen Ungarn und Slowaken vgl. István Kollai, *Shattered Past. Socio-Psychological Aspects of Slovak-Hungarian Relations*, in: *International Issues & Slovak Foreign Policy Affairs* XV (2006), H. 3–4, S. 27–43.

¹⁴ Zeidler (Hrsg.), *Trianon*, S. 11. Ähnlich: Anikó Kovács-Bertrand, *Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg*, München 1997. Kritisch zur Trianon-Reinterpretation durch die Neue Rechte in Ungarn: Sorin Antohi/Balázs Trencsényi/Péter Apor (Hrsg.), *Narratives Unbound. Historical Studies in Post-Communist Eastern Europe*, Budapest 2007, S. 45.

¹⁵ Bis 1918 bezog sich der Unterschied zwischen Ungarn und Magyaren darauf, dass es ungarischsprachige, magyarische Staatsbürger im Königreich Ungarn neben ungarischen Staatsbürgern gab, die sich zu anderen Kulturen bekannten, Slowaken, Rumänen, Deutsche usw. Nach 1918 war die überwältigende Mehrheit Ungarns magyarisch.

Rahmen des neugeschaffenen Völkerbundes. Die Neuordnung Ostmitteleuropas war ein wichtiger Bestandteil der Pariser Vorortverträge, aber im Unterschied zur Wahrnehmung der ungarischen Öffentlichkeit war für die beteiligten Großmächte die Frage der Grenzen der ehemaligen Bestandteile der Donaumonarchie weit weniger wichtig als die Friedensordnung, die Deutschland betraf. Daher wurde der Vertrag mit Ungarn auch erst im Sommer 1920 unterzeichnet, als die meisten Beteiligten sich bereits anderen Fragen zuwandten.¹⁶ Der wichtigste Grund für die vehemente Ablehnung des Vertrages durch die ungarische veröffentlichte Meinung sowie durch alle politischen Parteien von den Konservativen bis zu den Kommunisten war, dass die Neubestimmung der Grenzen nicht dem Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ folgte, da der Vertrag starke magyarische Minderheiten außerhalb Trianon-Ungarns schuf. Die strikte Anwendung des nationalen Souveränitätsprinzips war jedoch aufgrund der unklaren ethnischen Verhältnisse in der ehemaligen Donaumonarchie schwierig. Zudem gab es zahlreiche Gruppen und Individuen, die sich klaren „nationalen“ Kategorien entzogen und sich nicht zu der einen oder anderen ethnischen oder nationalen Gemeinschaft „bekennen“ wollten.¹⁷ Auch sah sich die ungarische Regierung bei fast allen Entscheidungen darüber, welchem der Nachfolgestaaten welches Gebiet mit welcher Bevölkerung zugedacht werden sollte, benachteiligt.

Die Empörung über das Vertragswerk erklärte sich aber auch durch das imperiale Denken der ungarischen Eliten. Ihr Beharren auf der Vorstellung einer sogenannten tausendjährigen Staatlichkeit in der „Lehre der Heiligen Stephanskronen“, die im 19. Jahrhundert entstanden war und zur konstitutionellen Grundlage des gerade entstehenden Horthy-Regimes wurde, überdeckte die Tatsache, dass auch Ungarn ein Nachfolgestaat neben anderen war.¹⁸ Im Unterschied zur Republik Österreich hielten die ungarischen konservativen Eliten an der Kontinuität des Königreichs fest und betrachteten die Ergebnisse der Doppelrevolution von 1918/19, die Proklamation der Republik ebenso wie die Errichtung der Räterepublik, als nichtig. Daher bedeutete Trianon für sie, anders als für die Vertreter der Entente, nicht die Neuregelung der Grenzen eines neu entstandenen Staates, sondern die Zerschlagung eines nach wie vor existierenden Königreichs. Doch hatte es seit der Niederlage des ungarischen Heeres gegen osmanische Truppen im Jahr 1526 keinen unabhängigen ungarischen Staat mehr gegeben. Der Vertragstext beginnt mit einer sehr knappen Einleitung, in der es heißt, der Krieg habe seinen Ursprung in der „Kriegserklärung der ehemaligen kaiserlichen u. königlichen österreichisch-ungarischen Regierung an Serbien vom 28. Juli 1914 und in den von Deutschland, dem Bundesgenossen Österreich-Ungarns, durchgeführten Feindseligkeiten“.¹⁹ Wichtiger war jedoch

¹⁶ Alan Sharp, *The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris, 1919*, New York 1991, S. 148.

¹⁷ Vgl. dazu: Judson, *Guardians of the Nation*; Tara Zahra, *Imagined Non-Communities: National Indifference as a Category of Analysis*, in: *Slavic Review* 69 (2010), H. 1, S. 93–119.

¹⁸ Vgl. Ignác Romsics, *Nation and State in Modern Hungarian History*, in: *The Hungarian Quarterly* 42 (2001), H. 164, S. 37–60; József Kardos, *A szentkorona-tan története 1919–44*, Budapest 1987; János M. Bak/Anna Gara-Bak, *The Ideology of a „Millennial Constitution“ in Hungary*, in: *East European Quarterly* XV (1981), S. 307–326; zuletzt auch: Matthew Caples, *Et in Hungaria Ego: Trianon, Revisionism and the Journal Magyar Szemle (1927–1944)*, in: *Hungarian Studies* 19 (2005), H. 1, S. 51–96, hier S. 74f.

¹⁹ Der Vertragstext zitiert nach: H. W. V. Temperley (Hrsg.), *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. V: *Economic Reconstruction and Protection of Minorities*. Published under the Auspices of the Institute of International Affairs, London 1921, S. 170–304, hier S. 173. Teil I des Vertrages bildete die Satzung des Völkerbundes, dem Ungarn 1922 beitrug.

die in Belgrad abgeschlossene Militärkonvention vom 13. November 1918, in der die Waffenstillstandslinien festgelegt worden waren. Bereits kurz zuvor hatten sich nationale Regierungen in Wien, Prag, in der Slowakei und in Zagreb gebildet, die jeweils Anspruch auf Teile des ehemaligen ungarischen Königreichs erhoben. Danach folgten die Rumänen und die Deutschen Siebenbürgens und die Serben in der Batschka mit ihren Unabhängigkeitserklärungen, was ebenfalls einer Abspaltung gleichkam. Das Königreich Ungarn war also faktisch bereits in den Wintermonaten 1918/19 zerfallen und teilweise von Truppen der Nachbarstaaten, allen voran tschechischen, serbischen und rumänischen, bzw. von französischen Truppen der Entente besetzt.²⁰ Das Gleiche hatte sich im österreichischen Teil der Habsburgermonarchie zugetragen. Bereits im Juni 1919 war der ungarischen Regierung mitgeteilt worden, dass sich das Gebiet des neuen ungarischen Staates gegenüber dem ehemaligen Königreich um etwa zwei Drittel des Territoriums, von 325 411 Quadratkilometer auf 93 073 Quadratkilometer, und die Bevölkerung sich von ca. 18 auf 8 Millionen verringern würde.²¹ Vom Friedensvertrag in Trianon erhofften sich die ungarische Regierung und Öffentlichkeit zumindest eine Korrektur der provisorisch festgelegten Grenzen unter Anwendung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Der Vorschlag zur Grenzregelung, welcher der ungarischen Delegation am 15. Januar 1920 unterbreitet wurde, erschien als Ungeheuerlichkeit, da große magyarische Minderheiten in den Nachbarstaaten verblieben und selbst dem Kriegsverlierer Österreich ein Stück ehemals westungarischen Gebietes zugedacht worden war. Zudem stellten die tschechoslowakischen, jugoslawischen und rumänischen Delegationen im Februar noch weiter gehende Gebietsforderungen, die jedoch nicht berücksichtigt wurden.

Daher war der wichtigste Teil des Friedensvertrages Abschnitt II über „Ungarns Grenzen“ (Art. 27–35). In diesem wurden die Grenzen zwischen Ungarn und den Nachbarstaaten Österreich, dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Königreich, später Jugoslawien), Rumänien, und der Tschechoslowakei provisorisch festgelegt, wobei bezüglich Einzelheiten der Grenzziehung auf zu bildende Grenzregelausschüsse (Bestimmungen dazu in Art. 29) verwiesen wurde. Der erste erkennbare Erfolg in der Frage der Revision der Grenzziehungen von Trianon erfolgte 1922 im Bezug auf die Grenzen zur Republik Österreich. Nachdem ungarische bewaffnete Kräfte das Burgenland besetzt hatten, wurde 1921 eine Volksabstimmung in der Stadt Ödenburg (Sopron) abgehalten, in der sich eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Zugehörigkeit zu Ungarn aussprach.²²

Die einzelnen Bestimmungen, wie sie in Trianon festgelegt wurden, hatten eine sehr unterschiedliche Wirkung auf die ungarische Öffentlichkeit. Dies hing mit dem jeweiligen Stellenwert des einzelnen Gebietes im Bezug auf den nationalen Identitätsdiskurs zusammen. Die Grenzen zu Österreich und gegenüber Kroatien (als Teil Jugoslawiens) wurden relativ früh akzeptiert. Die ungarische Regierung konnte sich bald mit der Unabhängigkeit Kroatiens abfinden, da die Kroaten bereits innerhalb der Länder der Sankt-Stephans-

²⁰ Im Vertragstext ist daher nur von einer „ungarischen Nationalregierung“, nicht von einem Staat, die Rede: „In Anbetracht, daß die ehemalige Österreichisch-ungarische Monarchie heute aufgehört hat zu existieren und daß an ihre Stelle in Ungarn eine ungarische Nationalregierung getreten ist.“

²¹ Miklós Zeidler, *Ideas on Territorial Revision in Hungary 1920–1945*, Boulder, CO 2007, S. 14.

²² Die Volksabstimmung wurde im Protokoll von Venedig (13.10.1921) vereinbart, im September 1922 vom Völkerbund bekräftigt. Vgl. Gerald Schlag, *Die Grenzziehung Österreich-Ungarn 1922/23*, in: *Burgenland in seiner pannonischen Umwelt*. Festgabe für August Ernst, hrsg. vom Burgenländischen Landesarchiv, Eisenstadt 1984, S. 333–346.

Krone weitgehende Autonomie besessen hatten. Dagegen gehörte der südliche Teil der Batschka, der in das neu gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen eingegliedert wurde, zu den von ungarischen Revisionisten zurückgeforderten Gebieten. Nach dem deutschen Überfall auf Jugoslawien 1941 besetzten ungarische Truppen die Batschka im Rahmen der Revisionspolitik.

Vor allem blieb der Verlust von Gebieten an die Tschechoslowakei (Slowakei und Karpatho-Ukraine) und besonders an Rumänien in Gestalt Siebenbürgens ein Dauerthema in Ungarn, nicht zuletzt wegen des Verbleibs großer magyarischer Minderheiten in diesen Gebieten.

Im Gebiet der Karpatho-Ukraine, das der Tschechoslowakei zufiel, lebten nach tschechoslowakischen Angaben um 1930 etwa 115 000 Magyaren bei einer Gesamtbevölkerung von 725 000.²³ Nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch kam im November 1938 ein Teil des Gebietes an Ungarn, das nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939 das gesamte Territorium besetzte. Eine noch größere magyarische Bevölkerungsgruppe lebte auf dem Territorium der heutigen Slowakei, etwa eine halbe Million.²⁴ Deutschland, Italien und Polen erarbeiteten in Wien 1938 eine Regelung, wonach der südliche Teil der Slowakei ebenfalls an Ungarn fiel.²⁵

Am meisten erregten sich die Ungarn 1920 jedoch über die Regelung der sogenannten Siebenbürgen-Frage.²⁶ Das lag zum einen daran, dass die größte ungarische Minderheit außerhalb „Rumpf-Ungarns“ dort lebte, etwa 1,7 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 5,3 Millionen nach der Volkszählung von 1910.²⁷ Doch Siebenbürgen (ungarisch: Erdélyi) galt vor allem als „magyarisches Kerngebiet“. Der ungarische Siebenbürgen-Mythos ging zurück bis zur Zeit der osmanischen Besetzung Ungarns im 16. Jahrhundert, als die westlichen Gebiete des Königreichs von den Habsburgern und die mittleren Territorien von den Osmanen beherrscht, Siebenbürgen aber weiterhin von magyarischen Fürsten regiert wurde. Mit dem Aufkommen einer ungarischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert und besonders seit der Revolution von 1848/49 gehörte die „Wiedervereinigung“ Siebenbürgens mit dem Stephansreich zu den Kernforderungen ungarischer Nationalpolitik – sie konnte schließlich Anfang 1867 durchgesetzt werden. Den besonderen Nimbus, den Siebenbürgen unter gebildeten Ungarn genoss, machten zudem die besondere „Reinheit“ des dort gesprochenen Ungarisch, die Universität Klausenburg als Demonstration der angeblichen magyarischen kulturellen Überlegenheit gegenüber den Rumänen sowie die Tatsache, dass Siebenbürgen nicht nur Symbol ungarischer Souveränität, sondern auch Bastion protestantischen, besonders kalvinistischen Widerstands ge-

²³ Nikolaus G. Kozauer, *Die Karpaten-Ukraine zwischen den beiden Weltkriegen*, Esslingen am Neckar 1979, S. 136.

²⁴ Die Angaben der Volkszählungen sind bis heute sehr problematisch, sowohl die ungarische wie auch die slowakische Seite versuchen diese unterschiedlich zu beeinflussen. Zudem gibt es auch keine objektiven Kriterien, die sogenannte Volkszugehörigkeit zu messen. Daher beschränke ich mich auf ungefähre Angaben.

²⁵ Volkszählung in den Ländern der ungarischen heil. Krone im Jahre 1910. Zusammenfassung der Endergebnisse, in: *Ungarische Statistische Mitteilungen*, N. S. Bd. 64, Budapest 1924, S. 152.

²⁶ Vgl. Holly Case, *Between States. The Transylvanian Question and the European Idea during World War II*, Stanford, CA 2009, bes. S. 9–13; László Kürti, *The Remote Borderland. Transylvania in the Hungarian Imagination*, Albany 2001.

²⁷ Zur Problematik der ethnischen Statistiken und geografischen Verortung von Minderheiten vgl. Róbert Keményfi, *Cartography as a Tool of Nation-Building in Hungary*, in: *Hungarian Studies* 24 (2010), H. 2, S. 169–180.

gen die Rekatholisierungspolitik der Habsburger gewesen war, aus.²⁸ Schließlich wurde auch die national-liberale Revolution erst im Sommer 1849 auf *siebenbürgischen* Schlachtfeldern durch zarische Truppen geschlagen. Damit konnte der Verlust Siebenbürgens nahtlos in das Narrativ des gesamt-ungarischen Opfermythos eingearbeitet werden.

Aus den unterschiedlichen Stellenwerten, welche die ehemaligen Gebiete des Stephansreichs in der ungarischen Öffentlichkeit einnahmen, ergaben sich unterschiedliche Haltungen zur Revisionsfrage.²⁹ Während die Propaganda der Irredentisten eine „Totalrevision“ und Wiederherstellung des „historischen Sankt-Stephan-Reichs“ forderte, und diese Forderung auch die bildliche und sprachliche Darstellung Trianons als „Zerstörung“, „Zerschlagung“, „Zerstückelung“ oder „Kreuzigung“ prägte, hoffte die ungarische Staatsführung und die Diplomatie eher auf realistischere Teilrevisionen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die mit friedlichen Mitteln zu erreichen seien.³⁰ In der Außendarstellung des Horthy-Regimes wurde die Grenzfrage daher zunächst eher zurückhaltend behandelt, während das Problem der magyarschen Minderheiten zum zentralen Thema gemacht wurde. Hierbei konnte sich die ungarische Regierung auf den Vertrag berufen, der besonders in Art. 54–60 im Teil III („Politische Bestimmungen“) Minderheitenschutzbestimmungen enthält, die jedoch in den meisten Nachfolgestaaten nicht konsequent angewandt wurden.

II. Politische, ökonomische und soziale Hintergründe des Vertragswerks

Der Vertrag von Trianon ist als Ergebnis komplizierter Verhandlungen zwischen den unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen der Großmächte, besonders Frankreichs, Großbritanniens und der USA, sowie den verbündeten Staaten Tschechoslowakei, Rumänien, SHS-Königreich/Jugoslawien zu verstehen. Er war insofern ein „Diktat“, da Ungarn praktisch keine Möglichkeit zu Verhandlungen gegeben wurde. Besonders Frankreich, aber auch Großbritannien wollten die neu gegründeten Staaten Ostmitteleuropas und Rumänien als Bündnispartner („Kleine Entente“) stärken, die als Bollwerke gegenüber Deutschland und Sowjet-Russland fungieren und die Region stabilisieren sollten. Außerdem benötigte Frankreich diese Staaten als Gegengewicht zu Deutschland, nachdem Russland nicht mehr als bündnisfähig galt.³¹ Die Konsequenz war eine Stärkung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens auf Kosten Ungarns bzw. Griechenlands auf Kosten Bulgariens und der Türkei. Damit wurden die neuen demokratischen Republiken, die in den Mittelmächten 1918 entstanden waren, mit harschen Friedensverträgen belastet, was zu deren Destabilisierung und Radikalisierung beitrug. Ungarn blieb aufgrund der Bildung einer „Kleinen Entente“ auch bis zum Abschluss des Freundschaftsvertrages mit dem faschistischen Italien 1927 diplomatisch isoliert und militärisch stark ge-

²⁸ Vgl. Ignác Acsády, *Magyarország három részre oszlásának története (1526–1608)*, Bd. V: *A Magyar Nemzet Története*, Budapest 1897, Kapitel VIII.

²⁹ Vgl. insgesamt: Kovács-Bertrand, *Revisionismus*.

³⁰ Vgl. Katalin Sinkó, *A megsértett Hungária*, in: *Néprajzi Értesítő* (1995), S. 267–282; Katalin Sinkó, *A nemzeti emlékmű és a nemzeti tudat változásai*, in: Ákos Kovács (Hrsg.), *Monumentumok az első háborúból*, Budapest 1991, S. 9–45.

³¹ So Magda Ádám, *Delusions about Trianon*, in: Béla K. Király/László Veszprémy (Hrsg.), *Trianon and East Central Europe. Antecedents and Repercussions*, Boulder, CO 1995, S. 15–27, hier S. 18.

schwächt.³² Ab diesem Zeitpunkt nahm auch die Aktivität revisionistischer und irredentistischer Organisationen deutlich zu und die ungarische Regierung schlug ab 1932 eine Richtung ein, die schließlich in ein Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland mündete.

Die Folgen des Ersten Weltkriegs waren für Ungarn, wie für die meisten anderen kriegsführenden Gesellschaften, verheerend. Von 3,4 Millionen ungarischen Kriegsteilnehmern waren über 530 000 gefallen und fast ebenso viele verletzt oder verstümmelt worden. 833 000 Mann gerieten in Kriegsgefangenschaft, von denen Zehntausende in den russischen Bürgerkrieg verwickelt wurden. Einige von ihnen, wie Béla Kun oder Mátyás Rákosi, der spätere stalinistische Diktator, schlossen sich schon in Russland der bolschewistischen Bewegung an, bevor sie nach Ungarn zurückkehrten und dort Anfang 1919 die kommunistische Partei gründeten.³³ Die Versorgung der Bevölkerung war zusammengebrochen, auch als Folge der Wirtschaftsblockade der Westmächte, die gegen Ungarn bis Ende 1919 aufrechterhalten wurde.³⁴ Die Inflation konnte erst 1924 gestoppt werden. Etwa 350 000 Ungarn flohen aus den abgetrennten Gebieten des Königreichs nach „Rumpf-Ungarn“ – darunter zehntausende ehemalige Beamte, Unternehmer, Offiziere oder Großgrundbesitzer – diese Gruppe stellte bald das Rückgrat der revisionistischen Lobby und teilweise der rechtsextremen Bewegungen im Land.³⁵ Die Repräsentanten dieser entmachteten Eliten sollten die Sichtweise auf Trianon in der ungarischen Öffentlichkeit stark prägen.

Auch die politische Entwicklung nach Kriegsende verlief chaotisch. Im Oktober 1918 hatte Kaiser Karl die Föderalisierung des Habsburgerreichs verkündet, doch die Entente hatte die nationalen Regierungen der Tschechoslowaken und der Südslawen bereits anerkannt. Die Vertreter des ungarischen Adels hatten keinen geringen Anteil an der negativen Entwicklung. Schließlich waren sie selbst in dieser Situation nicht zu Zugeständnissen an die Slowaken oder Rumänen bereit. Der Zusammenbruch der alten Ordnung bedeutete jedoch keine Vorentscheidung über die neue. Wie in Deutschland wurde auch in Ungarn zunächst um drei Optionen gerungen: die bürgerliche Demokratie, die proletarische Demokratie in Form einer bolschewistischen Räterepublik und die konterrevolutionäre Militärdiktatur.³⁶ Schließlich sollten verschiedene politische Gruppen im Laufe von nur zehn Monaten mit allen drei Regierungsformen nacheinander experimentieren. Die bürgerlich-sozialistische Regierung unter Graf Károlyi, die in den revolutionären Unruhen im November 1918 an die Macht kam, brach Anfang 1919 aufgrund mangelnder Unterstützung im In- und Ausland zusammen. Im März 1919 übernahm die Gruppe um Béla Kun die Macht und versuchte, eine Räterepublik nach russischem Vorbild zu errichten. Dieses Experiment scheiterte aber bereits im Juli 1919, nachdem die Offensive der revolutionären Armee – in der zahlreiche Offiziere der von Károlyi aufgelösten regulären Ar-

³² Pál Pritz, Magyarország külpolitika a 20. században, in: Ferenc Gazdag (Hrsg.), Magyar külpolitika a 20. században, Budapest 2004, S. 13–36, hier bes. S. 16–21.

³³ Antal Józsa, Háború, hadifogság, forradalom. Magyar internacionalista hadifogyók az 1917-es oroszországi forradalmakban, Budapest 1970.

³⁴ Mária Ormos, Magyarország a két világháború korában 1914–1945, Debrecen 1998, S. 25.

³⁵ Zu dieser Gruppe und ihren Aktivitäten gibt es bisher nur eine Monografie: István I. Mócsy, The Effects of World War I. The Uprooted: Hungarian Refugees and Their Impact on Hungary's Domestic Politics, 1918–1921, Boulder, CO 1983; vgl. auch ders., Partition of Hungary and the Origins of the Refugee Problem, in: Király/Veszprémy (Hrsg.), Trianon, S. 239–256.

³⁶ Andreas Ernst, „Sonderweg“ und „Sonderfall“. Krise und Kontingenz der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland und der Schweiz am Ende des Ersten Weltkriegs, Diss. Ms., Zürich 1996, S. 50.

mee dienten – auf slowakischem Gebiet stecken geblieben war.³⁷ Schließlich setzten rumänische Truppen ihren bei Kriegsende begonnenen Vormarsch nach Westen fort und besetzten Anfang August Budapest, während Béla Kun und andere Revolutionäre ins Ausland flohen. Nun war die Stunde des „Antibolschewistischen Komitees“ unter der Führung von Admiral Miklós Horthy gekommen, des letzten Befehlshabers der k. u. k. Marine. Mit Erlaubnis der Alliierten formierte er eine „Nationale Armee“ aus ehemaligen Offizieren und Soldaten, die teilweise die Form und Ideologie rechtsextremer Freikorps annahm und im Sommer 1919 einen blutigen Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und zahlreiche Juden entfachte, der noch über den „Roten Terror“ der Räterepublik hinausging.³⁸

Das Ergebnis der Umbruchsituation war die Rückkehr der Aristokratie an die Macht, jener Eliten, die eine Regelung der „Nationalitätenfrage“ innerhalb der Habsburgermonarchie konsequent verhindert und damit die Entfremdung der nationalen Gruppen verstärkt hatten, was schließlich zu den Unabhängigkeitserklärungen von 1918 führte. Joachim von Puttkamer hat darauf hingewiesen, dass die ungarische Schulpolitik vor 1918 auf die Stärkung einer ungarischen Staatsidee aller unterschiedlichen ethnischen Gruppen abzielte, in der Praxis jedoch häufig auf Magyarisierung hinauslief.³⁹ Verstärkt hatte sich die Entfremdung innerhalb der unterschiedlichen Nationalbewegungen schließlich durch Diskriminierung und Ausschreitungen österreichischer und ungarischer Truppen gegenüber der serbischen und rumänischen Zivilbevölkerung während des Weltkriegs.⁴⁰ Die harte Haltung gegenüber Ungarn wurde in der westlichen Presse, besonders in Frankreich und Großbritannien, mit der angeblichen Unterdrückung der Minderheiten durch die Magyaren begründet. Diese weitverbreiteten Ansichten waren auch ein Erfolg besonders der tschechischen Propaganda während des Weltkriegs.⁴¹ Der aggressive Nationalismus und die revisionistische Propaganda, die das Horthy-Regime von Anfang an begleiteten, kann auch als Antwort auf diese politische Hypothek verstanden werden. Ganz ähnlich der Dolchstoßlegende in der Weimarer Republik wurde die Schuld am politischen Disaster pauschal „Bolschewiken“ und „Juden“ zugeschoben, um von den eigenen Fehlern abzulenken.⁴² Die Revolution im November hatte zu einer Politisierung breiter Schichten in Ungarn geführt, besonders in Budapest, aber auch außerhalb der Metropole. An den Sit-

³⁷ Vgl. Mária Ormos, *The Hungarian Soviet Republic and Intervention by the Entente*, in: Király/Veszprémy (Hrsg.), *Trianon*, S. 93–105.

³⁸ Béla Bodó, *Paramilitary Violence in Hungary after the First World War*, in: *East European Quarterly* 38 (2004), H. 2, S. 129–173; Eliza Ablovatski, *The Central European Revolutions of 1919 and the Myth of Judeo-Bolshevism*, in: *European Review of History* 17 (2010), H. 3, S. 473–489.

³⁹ Joachim von Puttkamer, *Schulalltag und nationale Integration in Ungarn. Slowaken, Rumänen und Siebenbürger Sachsen in der Auseinandersetzung um die ungarische Staatsidee 1867–1914*, München 2003, S. 449.

⁴⁰ Vgl. Anton Holzer, *Augenzeugen. Der Krieg gegen Zivilisten. Fotografien aus dem Ersten Weltkrieg*, in: *Kakanien Revisited*, <http://www.kakanien.ac.at/beitr/fallstudie/AHolzer1.pdf>, 9. 3. 2011; R. [Rodolphe] A. [Archibald] Reiss, *The Kingdom of Serbia Report upon Atrocities Committed by the Austro-Hungarian Army during the First Invasion of Serbia*. Submitted to the Serbian Government, London 1916.

⁴¹ Vgl. Zsolt Nagy, *National Identities for Export. East European Cultural Diplomacy in Inter-War Pittsburgh*, in: *Contemporary European History* 20 (2011), H. 4, S. 435–453.

⁴² Spuren davon auch bei: Gergely Romsics, *Myth and Remembrance. The Dissolution of the Habsburg Empire in the Memoir Literature of the Austro-Hungarian Political Elite*, Boulder, CO 2006. Allerdings hat Romsics auch die Memoiren liberaler Politiker aufgenommen, die im Gegensatz dazu den bis 1918 herrschenden Eliten die Schuld am Disaster gaben.

zungen der Arbeiter- und Soldatenräte und an den zahlreichen Demonstrationen hatten sich auch Frauen beteiligt, eine Mobilisierung, die nun von den zurückgekehrten Eliten wieder zurückgedrängt wurde. Der „Weiße Terror“ richtete sich auch gegen die Fundamentalpolitisierung von zuvor durch Aristokratie, Kleinadel und einen Teil der bürgerlichen administrativen und militärischen Eliten von der Macht ausgeschlossene Gruppen. Der Parlamentarismus und das Wahlrecht wurden stark eingeschränkt, die Wahlen besonders auf dem Land von den Großgrundbesitzern kontrolliert.

Es wäre allerdings sehr verkürzt, wenn wir die Anti-Trianon-Bewegung im Ungarn der Zwischenkriegszeit allein als manipulative Strategie der konservativen Eliten verstehen würden. Zum einen waren Flucht und Vertreibung aus den Gebieten, die tschechische, rumänische und serbische Truppen besetzten, oftmals mit Gewalt verbunden. Zahlreiche Familien, nicht nur der Oberschicht, waren quasi über Nacht durch neue Grenzen getrennt worden. Nach der Ankunft im verarmten Rest-Ungarn drohten soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder gar Obdachlosigkeit, denn nur eine Minderheit der Flüchtlinge war wohlhabend bzw. verfügte weiter über genügend Mittel. Die Ereignisse von 1918/19 verstärkten das Gefühl der Ohnmacht und erklären die Radikalisierung eines großen Teils der ungarischen Gesellschaft. Die vorübergehende Besetzung des Landes durch rumänische, serbische und tschechische Truppen und die offenbar gleichgültige Haltung der Siegermächte verstärkten das Gefühl des Ausgeliefertseins und verletzten die weitverbreitete Vorstellung, wonach Ungarn selbst Teil des „zivilisierten“ Europas gewesen sei, und daher Rumänien und anderen Balkanländern gegenüber bevorzugt werden müsste.

Vor 1914 hatte Ungarn zu den jungen, wirtschaftlich erfolgreichen, aufstrebenden Nationalstaaten gehört. Man hoffte auf Anerkennung als Teil der im Zeitalter des Imperialismus propagierten „europäischen Zivilisation“ und betonte daher, dass die Ungarn im Widerstand gegen die Osmanen das „christliche Abendland“ verteidigt hätten und dabei „verblutet“ seien.⁴³ Diese Metaphern wurden besonders in der revisionistischen und irredentistischen Propaganda immer wieder betont. Das Problem dabei war allerdings, dass sich auch Serben, Polen, Rumänen und andere als „Bollwerke des Christentums“ im Kampf gegen osmanische Eroberungen verstanden. Das gewachsene Selbstwertgefühl der ungarischen Führungsschichten hatte sich nicht zuletzt in den pompösen Millenniumsfeierlichkeiten von 1896 ausgedrückt, als das ganze Land der Staatsgründung unter dem heiligen König Stephan I. gedachte, oder im kolossalen Bau des Parlaments in Budapest, des größten Parlamentsbaus Europas.⁴⁴ Die Enttäuschung über die Haltung der Großmächte am Ende des Ersten Weltkriegs erklärt sich auch aus dem starken Verlangen der Eliten des erst 1867 entstandenen, nur teilsouveränen ungarischen Staates, als Teil der europäischen Staatenwelt anerkannt zu werden.

Auch war die ungarische Regierung keineswegs aktiv am Ausbruch des Weltkriegs beteiligt, vielmehr hatte Ministerpräsident István Tisza in der Julikrise eher zurückhaltend reagiert und vor einem Angriff auf Serbien gewarnt.⁴⁵

⁴³ Sándor Őze/Norbert Spannenberger, „Hungaria vulgo appellatur propugnaculum Christianitatis“. Zur politischen Instrumentalisierung eines Topos in Ungarn, in: Markus Krzoska/Hans-Christian Maner (Hrsg.), *Beruf und Berufung. Geschichtswissenschaft und Nationsbildung in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 2005, S. 19–39.

⁴⁴ Vgl. dazu ausführlich: John Lukács, *Budapest 1900. A Historical Portrait of a City and Its Culture*, New York 1988.

⁴⁵ Miklós Komjáthy (Hrsg.), *Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914–1918)*, Budapest 1966, S. 85.

In der Argumentation ungarischer Revisionisten spielten außerdem die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages stets eine große Rolle. Der Statistiker László Buday war einer der ersten, der Daten für das Königreich aus der Zeit vor 1918 mit Angaben zu „Rumpf-Ungarn“ verglich.⁴⁶ Allerdings hatte vor allem der Weltkrieg zu extremen wirtschaftlichen und sozialen Belastungen, einem allgemeinen Rückgang der Produktion und einer ausufernden Inflation geführt – diese Probleme durchlitt ein durch Trianon enorm vergrößerter Staat wie Rumänien ebenfalls. Die Zerschlagung des großen Marktes und des Transportwesens, das Budapest durch einen großen Eisenbahnring mit der Peripherie verband, der nun außerhalb der Staatsgrenzen lag, behinderte zusätzlich die wirtschaftliche Erholung. Gerade die Eisenbahnlinien waren von den Nachfolgestaaten, etwa der Tschechoslowakei unter Edvard Beneš, erkämpft worden. Dennoch meinen manche Wirtschaftshistoriker, dass Trianon auch strukturelle Vorteile brachte, wie die Zunahme des Anteils der Industrie an der gesamten Wirtschaft aufgrund des Verlustes von vor allem agrarisch geprägten Gebieten.⁴⁷ Die eigentlichen Ursachen für die wirtschaftliche Misere waren nicht so sehr Trianon selbst als vielmehr der Weltkrieg und der Zusammenbruch einer gemeinsamen Wirtschaftsregion in Mitteleuropa.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die bloßen Fakten des Friedensvertrages oder „Friedensdiktates“, wie es in Ungarn hieß, und die Umstände, unter denen die Neuordnung Zentraleuropas stattfand, nicht die Art und Weise des Umgangs mit dem Thema Trianon erklären können.

III. Trianon und die Veränderungen des nationalen Identitätsdiskurses nach 1920: 1848, König Sankt Stephan I. und der „christliche Nationalismus“

In der Zeit vor 1918 war der Diskurs über die nationale Identität Ungarns und der Magyaren besonders von dem ungleichen, aber je unterschiedlich interpretierten Verhältnis zur Habsburgermonarchie geprägt. Daneben spielte das Verhältnis zu den zunehmend von nationalistischen Vereinen repräsentierten „nationalen Minderheiten“ bzw. die Vorstellung „pan-slawistischer“ Bedrohungen eine wichtige Rolle bei den Versuchen, das Magyarentum zu bestimmen. Die wirtschaftlichen Erfolge der transleithanischen Reichshälfte vor 1914 und der Aufstieg Budapests zur zweiten Donaumetropole neben Wien hatten zu einem Erstarren des Selbstbewusstseins der Magyaren innerhalb des Königreichs und innerhalb der Gesamtmonarchie geführt, was sich etwa in der Selbstdarstellung anlässlich des Millenniums der magyarischen „Landnahme“ im Jahr 1896 spiegelte. Der ungarische Reichstag hatte dazu ein Gesetz erlassen, das mit folgenden Sätzen begründet wurde:

„Die Legislative der Länder der heiligen ungarischen Krone dankt mit frommer Andacht der göttlichen Vorsehung, dass sie die von Árpád und seinen tapferen Kriegern gegründete Heimat in seine Obhut nahm, deren Herrscher mit Weisheit, dessen Volk mit Kraft und aufopferungsvoller Heimatliebe segnete und das Reich in guten und bösen Zeiten unterstützte und dessen Existenz über ein-tausend Jahre hinweg vielen Widernissen zum Trotze sicherte.“⁴⁸

⁴⁶ Zeidler, Ideas.

⁴⁷ Iván T. Berend/György Ránki, The Economic Problems of the Danube Region after the Breakup of the Austro-Hungarian Monarchy, in: Király/Veszprémy (Hrsg.), Trianon, S. 149–163, hier S. 150.

⁴⁸ Zitiert nach Ferenc Glatz (Hrsg.), A magyarok kronikája, Budapest 21996, S. 495.

Hier wird der staatszentrierte Stephanskult, der in Gestalt der Heiligen Krone im Text erscheint, durch religiöse (Vorsehung), monarchische und national-demokratische (Volk) Elemente untermauert. Die Besiedlung des Donaubeckens durch magyarische Stämme wurde christlich und monarchisch eingerahmt, um die gedanklichen Fundamente des Staates zu stärken. Diese Deutung war ein Kompromiss zwischen habsburgtreuen Interpretationen der ungarischen Nationalgeschichte, in denen König Franz Joseph als Nachfolger des landnehmenden Fürsten Árpád dargestellt wurde, und eher protestantisch-kleinadligen und bürgerlichen Narrativen, welche stärker das Unabhängigkeitsstreben der ungarischen Nation betonten und die Revolution von 1848/49 glorifizierten.

Diese unterschiedlichen Interpretationen des Wegs und der Stellung Ungarns in Europa existierten auch nach 1918 noch. Ihre Bedeutungen hatten sich jedoch ebenso deutlich verändert wie ihr Referenzrahmen. Die Orientierung auf Österreich bzw. Wien hin war fast bedeutungslos geworden, zumindest, was Gegenwart und Zukunft der ungarischen Nation anging. Lediglich das Lager der Legitimisten, das allerdings spätestens nach dem Scheitern der Thronbesteigung und dem Tod von König Karl IV. 1922 nur noch wenig Einfluss in Ungarn besaß, hielt noch an der Bindung Ungarns an das Habsburger Haus fest. Admiral Horthy war jedoch auch für einen Teil der Legitimisten akzeptabel, da er als ehemaliger Adjutant von Franz Joseph den Habsburgern sehr nahegestanden war. Dennoch, seit spätestens 1922 spielten das Haus Habsburg und Österreich keine bedeutende Rolle mehr im ungarischen nationalen Identitätsdiskurs. Noch stärker diskreditiert waren seit Sommer 1919 außerdem kommunistische, sozialdemokratische und selbst demokratische Deutungen der ungarischen Nation aufgrund der von der Öffentlichkeit weitgehend als negativ bewerteten Erfahrungen mit der Doppelrevolution. Eine geschichtskulturelle Konsequenz dieser Entwicklung war die Entwertung des äußerst populären Kultes um die Revolution von 1848/49, den vor allem die Unabhängigkeitspartei seit 1867 gepflegt hatte. Die bürgerliche Novemberrevolution von 1918 war noch als Vollendung von 1848 gefeiert worden.

Das Horthy-Regime, das sich als anti-revolutionär, als konservativer Bezwiner der bolschewistischen Räterepublik darstellte, hatte besonders Probleme mit dem revolutionären Charakter von 1848. Seit den 1930er Jahren nahmen sich die zunehmend erstarkenden rechtsradikalen, aber auch demokratische, sozialistische und kommunistische Oppositionsgruppen der 48er-Tradition an. Während die rechtsradikalen „Rasseschützer“ und verschiedene nationalistische Gruppen ähnlich wie die Nationalsozialisten in Deutschland nun den „völkischen“ und antisemitischen Charakter der Revolution betonten, stellte die schwache und zersplitterte linke Opposition die anti-deutsche Tendenz der 48er-Tradition in den Vordergrund. So wie man vor 1918 gegen die deutsch-österreichische Vormacht innerhalb der Habsburgermonarchie zu kämpfen hatte, so war es nun die Dominanz des Großdeutschen Reichs, das seit dem „Anschluss“ an Ungarn grenzte. Die Stalinisten schließlich sollten „1848“ in den Mittelpunkt ihrer Geschichtspolitik rücken.

Im Gegensatz zum nationalen Erinnerungsort „1848“ war der Kult um den Staatsgründer Sankt Stephan geeignet, sowohl die Kontinuität des durch Trianon „zerschlagenen“ Staates zu behaupten als auch die innenpolitische Restauration zu legitimieren. Daher entwickelte sich der Stephanskult zum geschichtspolitischen Fundament der christlich-nationalen Ideologie des Horthy-Regimes. Seit der Übernahme der Macht im Sommer 1919 bezeichnete sich das Regime unter der Führung von Reichsverweser Admiral Horthy als ein auf „christlich-nationalen“ Prinzipien basierendes Herrschaftssystem.

tem.⁴⁹ Die offizielle Ideologie des Systems beruhte auf der Vorstellung einer bis zum Gründer des ungarischen Königtums im 11. Jahrhundert zurückreichenden staatlichen Kontinuität, die an die Heilige Krone König Stephans I. gebunden war. Des Weiteren wurde aus der Lehre der Heiligen Krone gefolgert, dass die Staatsgründung untrennbar mit der Gründung der Kirche und der Integration Ungarns in das Abendland verknüpft sei, was sich aus dem Empfang der Krone aus den Händen von Papst Sylvester ergebe. Im Programm der neu gegründeten und von der katholischen Bischofskonferenz offiziell im Hirtenbrief vom 22. August 1919 unterstützten, später die Regierung stellenden „Christlich-Nationalen Einheitspartei“, das am 24. September 1919 veröffentlicht wurde, rückte der Kult um König Stephan I. ins Zentrum: „Unser erster König gründete ein magyarisches und christliches Reich, welches sich nur entwickeln und bestehen kann, wenn es wieder magyarisch und christlich wird.“⁵⁰

Alle Zweifel und Unstimmigkeiten der neuen Ideologie ausblendend, verpflichtete sich das Regime seit seinem Bestehen, die beiden großen Kirchen des Landes, die katholische und die kalvinistische, zu beschützen und zu fördern, da sie die Werte, die Tradition und die moralischen Grundlagen der Nation am besten verkörperten.⁵¹ Der christlich-nationale Kurs war nie unumstritten, und es wurde stets um die genauere Bestimmung seines Inhaltes und der daraus zu folgernden Politik gestritten. Unzweifelbar genossen die großen christlichen Kirchen in Ungarn aber – kleinere Kirchen oder sogenannte Sekten wurden dagegen diskriminiert⁵² – staatliche Förderung und politische Unterstützung in einem Umfang wie in sonst kaum einem europäischen Land zu dieser Zeit. Ihr Einfluss auf Staat und Gesellschaft wuchs beträchtlich, die Zahl der organisierten Laien und der Ordensgeistlichen nahm deutlich zu, der Staat unterstützte großzügiger denn je kirchliche Schulen und Lehranstalten sowie den Einfluss der Kirchen auf die Universitäten.⁵³ Ihre traditionelle finanzielle Basis, der Großgrundbesitz, blieb der katholischen Kirche erhalten, da die herrschenden Eliten kein Interesse an einer durchgreifenden Bodenreform hatten.⁵⁴ Die Bekämpfung sozialistischer und kommunistischer Ideen, die Zurückweisung des bis 1918 dominierenden, wenn auch zunehmend autoritär interpretierten Liberalismus, die Kritik am nun als zu stark empfundenen Einfluss besonders des assimilierten und die freien Berufe sowie den Journalismus prägenden, vor allem Budapester Judentums, die autoritäre und auch militaristische Prägung der Jugend (Levente-Verbände) sowie die Pflege einer nationalistischen und revisionistischen politischen Kultur – in all diesen Bereichen arbeiteten staatliche und kirchliche Stellen so eng zusammen, dass selbst ein führender konservativer katholischer Intellektueller wie

⁴⁹ Vgl. zuletzt Norbert Spannenberger, *Die katholische Kirche in Ungarn. Positionierung im politischen System und „Katholische Renaissance“*, Stuttgart 2006, sowie Paul A. Hanebrink, *In Defense of Christian Hungary. Religion, Nationalism, and Antisemitism, 1890–1944*, Ithaca, NY/London 2006.

⁵⁰ Zitiert nach Jenő Gergely, *Titkos választások és ellenforradalom*, in: *Parlamentari képviselőválasztások 1920–1990*, hrsg. von György Földes und László Hubai, *Politikatörténeti Alapítvány*, Budapest 1994, S. 43–82, hier S. 52.

⁵¹ Siehe auch: Leslie Laszlo, *Church and State in Hungary 1919–1945*, Budapest 2004, S. 112.

⁵² Csaba Fazekas, *Kisegyházak és szektakérdés a Horthy-korszakban*, Budapest 1996.

⁵³ Jetzt dazu: Andor Ladányi, *Az egyházak és a felsőoktatás a Horthy-korszakban*, in: *Történelmi Szemle* XLIV (2002), H. 3–4, S. 293–329.

⁵⁴ Zur Problematik des sozialen Konservatismus ausführlich: Spannenberger, *Die katholische Kirche*.

der Historiker Gyula Szekfű die Horthy-Zeit kritisch als „neobarocke Gesellschaft“ kritisierte.⁵⁵

Der christlich-nationale Kurs, der die Umdeutung der ungarischen nationalen Identität stark prägte, wurde öffentlich in der Prozession am Sankt Stephanstag (20. August) inszeniert. Seit 1920 nahm Horthy bei der Prozession der Handreliquie Stephans I. vor Hunderttausenden in Budapest die Stelle des Monarchen ein.⁵⁶ König Karl hatte 1917, als erstes gekröntes Staatsoberhaupt überhaupt, die Spitze der Prozession angeführt, wodurch die Stephans-Feier ins Zentrum des ungarischen Staatskultes gerückt war. Seither waren „sämtliche Ministerien und Behörden ausdrücklich aufgerufen, sich um ihre unbedingte Vertretung“ auf der Feier zu kümmern.⁵⁷ Solange Karls Großonkel Franz Joseph noch auf dem Thron saß, hatte es eine ähnlich breite Mobilisierung von ungarischen militärischen und zivilen Würdenträgern am Stephanstag nicht gegeben, auch weil eine solche die Geburtstagsfeiern des Kaisers und Königs (am 18. August) in Wien überschattet hätte. Nun symbolisierten die Erzherzöge Joseph und Albrecht vom ungarischen Zweig der Habsburger, die von 1920 bis 1943 alljährlich in der Stephansprozession unmittelbar nach dem Primas und dem Reichsverweser einherschritten, die Kontinuität der Königreichs. Die große Bedeutung des Gedankens der staatlichen Kontinuität, wie sie der Stephanskult nach 1919 ausdrückte, wurde auch durch das Auftreten der Staatseliten und der Aristokratie unterstrichen. Die pelzbesetzte Adelstracht, die Federmützen, der Krummsäbel und die hohen Stiefel, die Ministerpräsident István Bethlen und seine Standesgenossen alljährlich auf der Stephansprozession trugen, müssen daher als habitueller Machtanspruch der alten und neuen Eliten verstanden werden. Horthy-Ungarn war zwar eine Monarchie ohne König, aber nicht ohne Aristokratie. Kein Festakt betonte diese Tatsache mehr als die Sankt-Stephans-Prozession. Bereits 1915 hatte Bischof Gyula Glattfelder den Gedanken der staatlichen Kontinuität ausgedrückt, als er die Sankt-Stephans-Predigt mit den folgenden Worten beendete:

„Wir wünschen nicht, dass feindliches Blut den Weg unseres Sieges umspüle, sondern wir flehen, dass wir *erhalten* bleiben und dass wir das, was wir von unseren Ahnen an heiligen Gütern übernommen, unser Vaterland, unsere heilige Krone, unsere Reliquien, unsere nationale Integrität, unsere Sitten und Gesetze – unseren Nachkommen in Ehren vererben dürfen.“⁵⁸

Nach György Gyarmati kulminierte der Stephanskult in der Zwischenkriegszeit, weil der Gedanke an das „Reich des heiligen Stephan“ angesichts von Trianon das „kompensatorische Bewusstsein“ vermittelte, eine große Nation zu sein.⁵⁹ Der gesamte Stephanskult wurde revisionistisch ausgestaltet. Bei einem Feuerwerk anlässlich des Stephanstages 1927 wurde die Donau mit roten, weißen und grünen Raketen erleuchtet und der Slogan der

⁵⁵ So in der dritten, erweiterten Auflage seines zuvor noch den „christlich-nationalen“, antiliberalen Kurs vorwegnehmenden Pamphlets: Gyula Szekfű, *Három nemzedék és ami utána következik*, Budapest 1934.

⁵⁶ Zur Bedeutung der Prozession vgl. Árpád von Klimó, Die Heilige Rechte. Eine Reliquie als Gegenstand der Zeitgeschichte, in: Bielefelder Graduiertenkolleg Sozialgeschichte (Hrsg.), *Körper Macht Geschichte – Geschichte Macht Körper*, Bielefeld 1999, S. 75–99.

⁵⁷ Brief des Abteilungsleiters beim Ministerpräsidenten an Innenministerium, 10. 8. 1918, Ungarisches Staatsarchiv/Magyar Országos Levéltár (MOL), K-148-1943-4-6089.

⁵⁸ Pester Lloyd, 20. 8. 1915, S. 4. Zur Person Gyula Glattfelder (1874–1943) siehe Magyar Életrajzi Lexikon (MÉL) I, 1967, S. 599.

⁵⁹ György Gyarmati, A nemzettudat-hasadás ünnepi koreográfiája. augusztus 20. fél évszázada, in: *Mozgó világ* 20 (1995), H. 8, S. 87–100, hier S. 88.

Revisionsliga, „Nem! Nem! Soha!“ (Nein! Nein! Niemals! Zustimmung zu Trianon), illuminiert.⁶⁰ Ähnliche Feuerwerke, die „Gerechtigkeit gegenüber Ungarn“ forderten, fanden auch an den neuen Grenzen des Landes am Stephanstag statt. 1928 organisierte das Budapester Fremdenverkehrsamt einen „Ungarischen Karneval und ein ungarisches Kirchweihfest“.⁶¹ Inszeniert wurde das Spektakel vom Chefregisseur der Nationaloper, László Márkus, und seinem Ensemble.⁶² Im Mittelpunkt dieses Karnevals stand ein national-patriotischer Umzug mit verschiedenen Kostümgruppen, die u. a. Trianon in Gestalt der ehemaligen ungarischen Städte Kassa (Košice) oder Kolozsvár (Cluj) szenisch darstellten. Im selben Jahr wurde mit der Einweihung der „Landesfahnenreliquie“ ein weiterer irredentistischer Akzent sowohl für die Feier als auch den Platz vor dem Parlament gesetzt. Das Denkmal bestand aus einem weißen Steinsockel, auf dem das ungarische Wappen als Relief zu sehen war. Darüber war ein massiver Fahnenmast angebracht. In seinem Sockel war Erde aus jedem Komitat des ehemaligen Stephansreichs eingelagert.⁶³ Die ungarische Anti-Trianon-Bewegung war ein von Aristokraten und Großbürgern geleitetes, vom Staat gefördertes Massenspektakel. 18 Jahre lang wehten sämtliche Fahnen im Land auf Halbmast, „Trauer“ wurde zum Leitmotiv des öffentlichen Lebens. Die kultischen Veranstaltungen der Revisionisten mit ihren Massenaufmärschen, Liedern und Gebeten – wie etwa das „ungarische Credo“, das alle Schüler täglich aufsagen mussten: „Ich glaube an einen Gott / Ich glaube an eine Heimat / Ich glaube an die ewige göttliche Wahrheit / Ich glaube an Ungarns Wiederauferstehung!“⁶⁴ – trugen zweifellos religiöse Züge. Den Kirchen ging es nicht nur um eine Art antikommunistischen Exorzismus, sondern auch um eine Rechristianisierung der Gesellschaft. Die Abkehr vom säkularisierenden Liberalismus fand statt, ebenso wie eine, wenn auch begrenzte, christliche Erneuerung. Besonders die katholische Kirche erhoffte sich eine Wiederherstellung ihres Einflusses auf Staat und Gesellschaft, den sie in der Ära der Liberalen seit 1867 zunehmend verloren hatte. Kultusminister Kúno Klebelsberg betonte, dass die „ungarische nationalistische Kulturpolitik auf die Mitwirkung unserer historischen Kirchen nicht verzichten [kann]“.⁶⁵ Pater Béla Bangha⁶⁶, einer der einflussreichsten katholischen Publizisten und Sozialreformer der damaligen Zeit, gab in seiner 1920 erschienenen Broschüre „Der Wiederaufbau Ungarns und das Christentum“ dem konterrevolutionären Regime eine historische Fundierung. Danach habe seit den Tagen des heiligen Stephan der christliche und nationale Gedanke Ungarn

⁶⁰ Ákos Kovács, *Játék a tűzzel. Fejezetek a magyar tűzijátékok és díszkivilágítások XV–XX. századi történetéből*, Budapest 2001, S. 5.

⁶¹ Zum Folgenden siehe das Archiv der Hauptstadt Budapest/Budapest Főváros Levéltára (BFL) IV. 1501/294. dob.c/1928.

⁶² László Márkus (1881–?), in: *Ki kicsoda?*, Budapest 1937, S. 537f.

⁶³ Katalin Sinkó, *Die Riten der Politik. Denkmalerrichtung, Statuensturz*, in: Péter György/Hedvig Turai (Hrsg.), *Staatskunstwerk. Kultur im Stalinismus*, Budapest 1992, S. 71–84, hier S. 80.

⁶⁴ Zitiert nach Ignác Romsics, *Magyarország története a XX. században*, Budapest 2005, S. 179. In Frankreich hatte Henri Lavedan 1914 ein sehr ähnliches nationales „Vaterunser“ formuliert. Siehe Michael Jeismann, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992, S. 360f.; Peter Berghoff, *Der Tod des politischen Kollektivs. Politische Religion und das Sterben und Töten für Volk, Nation und Rasse*, Berlin 1997, S. 108.

⁶⁵ Zitiert nach Andor Csizmadia, *Rechtliche Beziehungen von Staat und Kirche in Ungarn vor 1944*, Budapest 1971, S. 17.

⁶⁶ Béla Bangha SJ (1880–1940), 1909 geweiht, war seit 1910 Herausgeber der „Mária Kongregáció“, gründete 1912 die Zeitschrift „Magyar Kultúra“ und war Mitorganisator des Eucharistischen Weltkongresses von 1938, vgl. *Magyar Katolikus Lexikon*, Bd. 1, 1993, S. 589f.

getragen. 1848 habe die Nation diese Richtung verlassen und einen fremden, radikalen und revolutionären Weg eingeschlagen. Damit habe sich die ungarische Wirtschaft unter dem Druck der freien Konkurrenz der „jüdischen Plutokratie“, die Arbeiterbewegung entsprechend der „jüdischen Sozialdemokratie“, die Kultur der die nationale Kraft schwächenden „Anbetung des Westens“ unterworfen.⁶⁷ Auch die reformierte Kirche beteiligte sich tatkräftig am national-christlichen Programm. So etwa in Form der 1921 gegründeten Jugendorganisation „Ungarischer reformierter Jugendbund Soli Deo Gloria“, dessen Ziele „die Schaffung eines selbstbewussten nationalen Lebens, die Stärkung der Missionen der Mutterkirche [...] besonders bei der zukünftigen Generation“ waren.⁶⁸

Obwohl die Propaganda und das starke gesellschaftliche und kirchliche Engagement gegen Trianon in Gestalt einer nationalen Erneuerung Ungarns besonders seit Mitte der 1920er Jahre allgegenwärtig war, wissen wir allerdings noch wenig über deren tatsächliche Wirkung. Die Erforschung des tatsächlichen Erfolges und vor allem der Grenzen des Trianon-Diskurses in Ungarn bleibt ein Forschungsdesiderat.

IV. Ausblick: Trianon und die Selbstverortung der ungarischen Gesellschaft seit 1945

Die Teilnahme Ungarns am Krieg gegen Jugoslawien und die Sowjetunion 1941, die aktive Beteiligung am Mord Hunderttausender ungarischer Juden, die vernichtende Niederlage und schließlich die Besetzung durch sowjetische Truppen wurden im Rahmen des seit dem 19. Jahrhundert gepflegten Opfermythos interpretiert. Dies trug nicht dazu bei, dass der Friedensvertrag von 1920 als ein der Vergangenheit zugehöriges Ereignis verarbeitet werden konnte. Die 1945 einsetzende gewaltsame kommunistische Umgestaltung der Gesellschaft und die Alleinherrschaft der Partei verhinderten eine öffentliche Auseinandersetzung über die Bedeutung dieses folgenreichen Ereignisses. Seit Mitte der 1980er Jahre begann ein Teil der Oppositionsbewegung die Frage der nationalen Minderheiten, besonders in Rumänien, wo die magyarische Kultur durch die Zerstörung von Dörfern in Gefahr schien, wieder in die Öffentlichkeit zu tragen.⁶⁹ Ein Teil der von nationalistischen Ideen nicht freien kommunistischen Reformer unterstützten diese Tendenz, sodass das Thema Trianon seit 1989 wieder im Zusammenhang mit der ungarischen Identität diskutiert wurde. Die Enttäuschung der teilweise übersteigerten Erwartungen an die Eingliederung in die Europäische Union im Jahr 2004 und die negativen Folgen wirtschaftlicher Entwicklungen haben seither mehr und mehr Ungarn dazu gebracht, sich erneut als „betrogene“ und „ungerecht“ behandelte Nation in Europa zu verstehen. Ob die Tatsache, dass fast alle, die sich der ungarischen Nation zugehörig fühlen, nun in Staaten der EU leben, also ihre Kommunikation nicht mehr durch Grenzen behindert wird, langfristig zu einer Normalisierung des Umgangs mit historischen Ereignissen führen, die als „nationale Niederlagen“ gedeutet werden, muss sich erst noch erweisen.

⁶⁷ Jenő Gergely, *A politikai katolicizmus Magyarországon (1890–1950)*, Budapest 1977, S. 59.

⁶⁸ Zitiert nach János Bolyki/Sándor Ladányi, *A református egyház*, in: L. Ferenc Lendvai/János Bolyki, *A magyar protestantizmus 1918–1948*, Budapest 1987, S. 25–127, hier S. 48.

⁶⁹ Vgl. dazu die Masterarbeit von Rachel Horst, *Articulating the Nation. National Identity Discourse in Hungary in the 1970s and 1980s*, S. 107 und 112, http://www.etd.ceu.hu/2009/horst_rachel.pdf, 21.5.2013.